

## Bistum Osnabrück: Mit Geldstrafe gegen Missbrauch

Am Mittwoch hat Osnabrücks Bischof Franz-Josef Bode ein [Konzept zum Umgang mit sexuellem Missbrauch](#) in seinem Bistum bekannt gemacht. Einer der vier Bausteine: die Sanktionierung und Kontrolle von Tätern. In diesem Punkt wurde das Bistum heute konkreter. Offenbar plant Bischof Bode, Priestern, die sich des Missbrauchs schuldig gemacht haben, das Gehalt bis auf 1.000 Euro zu kürzen. "Wir beabsichtigen, eine entsprechende Regelung einzuführen", sagte Bistumssprecher Hermann Haarmann. Die rechtliche Grundlage müsse zuvor allerdings noch geprüft werden. Derweil gab es erste positive Reaktionen für die Aufklärungs- und Präventionspläne der Diözese.

## Kirchenmitarbeiter und externe Experten kooperieren

Auf dem Feld der Sanktionen will Bode wie bei den anderen drei Monitoring-Schwerpunkten "Prävention", "Intervention" und "Verantwortung für Betroffene" [mit externen Experten zusammenarbeiten](#). Bei der Sanktionierung von Beschuldigten und Tätern seien neben dem Osnabrücker Generalvikar eine Staatsanwältin, ein ehemaliger Rechtsanwalt, ein Bewährungshelfer sowie ein früherer Personalchef eingebunden, sagte Bode. **Christian Weisner vom Bundesteam der katholischen Reformbewegung "Wir sind Kirche" begrüßte die Maßnahmen. Er wünscht sich, dass die Deutsche Bischofskonferenz, die vom 11. März bis zum 14. März zu ihrer Vollversammlung in Lingen zusammen kommt, das Konzept "als Ganzes übernehmen würde". Es dürfe nicht bei einem Reglement einer einzigen Diözese bleiben.**

## Bistümer Osnabrück und Hildesheim unterstützen Ermittlungen

In den beiden niedersächsischen Bistümern Osnabrück und Hildesheim sind nach neuesten Meldungen 238 Missbrauchsoffer und 82 Beschuldigte bekannt. Das [Bistum Osnabrück führt 84 Betroffene](#) und 35 mutmaßliche Täter auf. [Hildesheim hat 154 Opfer](#) und 46 beschuldigte Priester gemeldet. Die Staatsanwaltschaften Osnabrück und Hildesheim [ermitteln eigenen Angaben zufolge](#) in jeweils zwei Fällen. Landesjustizministerin Barbara Havliza (CDU) lobte die Kooperationsbereitschaft. Beide Bistümer hätten Ermittlungsbehörden Zugang zu Unterlagen gewährt, sagte sie am Donnerstag in der "Aktuellen Stunde" im niedersächsischen Landtag. "Die umfassende Aufklärung der im Raum stehenden Vorwürfe ist Aufgabe der Justiz und nicht der Kirche", sagte Havliza.

[https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck\\_emsland/Bistum-Osnabrueck-Mit-Geldstrafe-gegen-Missbrauch,missbrauch1704.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck_emsland/Bistum-Osnabrueck-Mit-Geldstrafe-gegen-Missbrauch,missbrauch1704.html)

Zuletzt geändert am 08.03.2019